

André Brie im Sommerloch

von Bernhard Sander, Wuppertal
(gehört zu den Mitbegründern der *Sozialistischen Linken*)

Der Europa-Abgeordnete André Brie gehört der LINKEN an und ist eine nicht unwichtige Person in der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Manchen gilt er als Vordenker der Partei. In einem Spiegelgespräch hat er in die innerparteiliche Diskussion eingegriffen. Zu diesen Ausführungen habe ich einige kritische Anmerkungen.

Brie ist schon vor dem Bundesparteitag mit einer persönlich gefärbten Attacke gegen einen der Parteivorsitzenden – gegen Oskar Lafontaine – unangenehm aufgefallen: Brie's These, „er (Lafontaine) kann nicht die gesamte Linkspartei in eine radikale Feindschaft zur SPD führen, nur weil er selbst diesen Bruchschwer verarbeiten kann“, ist simple Küchen-Psychologie.

Die PDS selbst hat mehrfach die SPD als „neoliberal“ gekennzeichnet, also müsste Brie selbst erst einmal die Entwicklungspotentiale der SPD aufzeigen, die sie koalitionsfähig machen könnten.

In der Tat ist dies keine Frage von „Grenzen zwischen Gut und Böse“, mit der Ulrich Maurer seine Politik begründet, sondern von politischer Analyse. Doch hier wie in der Frage der Programmatik schweigt Brie. Er hat ein „Problem, wenn wir uns als Linke auf Protest beschränken und keine eigenen Konzepte anbieten“.

Die *Sozialistische Linke* erwartet daher gespannt seinen Beitrag zur Programmdebatte und zur Strategiediskussion. Wenn Brie behauptet, wir „denken zuwenig darüber nach, welche realistischen Lösungsmöglichkeiten es gibt“, dann halten wir dem entgegen, dass unsere Forderungen realistisch und radikal sein müssen: Nur mit eindeutigen Forderungen wird man unterscheidbar von den anderen Parteien. Mindestlohn einführen, Hartz-Gesetze überwinden, Rente mit 67 abschaffen, Bundeswehr aus Afghanistan holen – das sind die Forderungen des Tages – sie haben mit Systemwechsel nicht viel zu tun, aber sie machen uns unverwechselbar auch gegenüber den Rechten. Es war im Übrigen die Gründung der WASG, die dem Protest gegen die Hartz-Gesetze und ihre soziale Enteignung ein klar linkes Gesicht verliehen hat.

Was aber heißt heute radikal? Wenn Brie „nicht getreu der alten Forderung von Karl Marx agieren (kann), der alle Mächte der alten Gesellschaft zerschlagen wollte“, dann ist dies eine Verballhornung von Marx, der in den programmatischen Eckpunkten unserer Partei korrekt nachzulesen ist. Es geht darum, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes und geknechtetes Wesen ist. Gibt es etwas Radikaleres als die Forderung nach gleicher Verteilung der Arbeit und der Produktivitätsgewinne?!

Brie's Beitrag zur Programmdebatte besteht im Spiegel-Interview in der sattsam vom „Forum Demokratischer Sozialismus“ bekannten Entgegensetzung von Bürger- und Freiheitsrechten gegen „etatistische“ Forderungen an den Staat. Es ist gerade das neoliberale Denken, dass uns weismachen will, Forderungen an den Staat nach sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit sei ein „Wieselwort“, das die Verfassung aussage wie eine Eierschale.

Demgegenüber bestehen wir darauf, dass nur durch staatliche Garantien von freier Zeit, Bildung und verfügbarem Einkommen die Mehrheit in die Lage versetzt wird, an der Gestaltung des Gemeinwesens gleichberechtigten Anteil zu nehmen. Die Entgegensetzung

von sozialen Rechten und Menschenrechten in der von Brie behaupteten Weise bedeutet also den Verzicht auf soziale Veränderungen und Emanzipation.

Dass dafür immer noch bereits auf der Ebene des Nationalstaats Handlungsmöglichkeiten bestehen, streitet Brie ab. Im negativen Sinne beweist Staatspräsident Sarkozy in Frankreich das Gegenteil, in dem er unter dem Schlagwort Globalisierung den Sozialstaat im Sinne der Vermögensbesitzer zurichtet (Begrenzung der Abgabenquote auf 50%, Aufhebung der Arbeitszeitverkürzung, Senkung der sog. Lohnnebenkosten für Überstunden, Zwangs-Notdienste bei Streiks usw.)

In der Tat muss die Linke hier internationalistischer werden, um durch andere Kräfteverhältnisse in Europa und in den EU-Institutionen solche gefährliche Verschärfung der Konkurrenz zwischen den Nationen Einhalt zu gebieten. Wir brauchen keine EU-Politik, die zum Treibriemen für diese Konkurrenz wird - deshalb haben wir gegen die Bolkestein-Richtlinie protestiert.

Brie hat ein merkwürdiges Bild von innerparteilicher Demokratie: „Wir haben die neue Partei auch mit Menschen gebildet, die Politik in kleinen Zirkeln verabredet haben“. Das sei teilweise „Re-SEDisierung“.

Zunächst ist in der SED der bestimmende kleine Zirkel die oberste Führungsclique gewesen und diese Sorte von Verabredungen halten wir in der Tat für katastrophal. Allerdings versteht Brie nicht, dass eine pluralistische Partei nicht nur ganz unterschiedliche weltanschauliche Wurzeln hat, sondern dass die Individualitätsentwicklung im modernen Kapitalismus eine Vielzahl von Lebenslagen geschaffen hat und selbsttätige, auf Selbstverständigung drängende Individuen hervorgebracht hat. Erst wenn wir diesen faktischen Pluralismus anerkennen, ist der Ausgangspunkt für einen kulturvolleren Entwicklungsweg für die Partei gefunden.

Für den Umgang mit Andersdenkenden bietet Brie kein positives Beispiel: Brie denunziert die Minderheit, die die Dresdener Stadtratsfraktion verlassen hat, „um ihre reine Lehre durchzusetzen“, als „uralte bolschewistische Machtpolitik“. Brie's in dieser Kennzeichnung enthaltene Forderung nach Unterordnung der Minderheit ist sattsam bekannt aus der Geschichte des demokratischen Zentralismus, hilft aber nicht weiter, um unterschiedliche Standpunkte auszugleichen. Im Übrigen führt diese Position sehr leicht in die Richtung des Verbots von Strömungen.

Vollständig lächerlich ist Brie's Haltung zur Position der Bundeswehr in Afghanistan. Sicherlich: „Der Abzug löst nicht ein einziges Problem in dem geschundenen Land“ – doch welches Problem löst ISAF, OEF usw.?!

Erst wenn die Truppen abgezogen sind, kann zu einem friedvollen Zusammenleben der unterschiedlichen Gruppen beigetragen werden und eine kulturvolle Entwicklung eingeleitet werden. Als Mittäter bei der Besatzung hat Deutschland eine Verantwortung für den Wiederaufbau, aber keine tonangebende Rolle zu spielen. Dies kann aber nicht heißen, wir müssten uns „zur Mitverantwortung für die Situation dort“ bekennen.

„Schließlich waren vor den Amerikanern sowjetische Truppen im Land und haben es verwüstet“ – Wird Brie jetzt zum Redenschreiber von CDU-Außenpolitikern?!

Brie wird wissen, worauf er sich eingelassen hat, als er dem neoliberalen Wochenmagazin in zugespitzter Formulierung seine Überlegungen zum politischen Standort der LINKEN mitgeteilt hat. Die *Sozialistische Linke* wird weiterhin gegen solche Positionen kritisch argumentieren.